

# Protokoll

## Stadtteilplenum Moabit West

**Datum:** 19.12.2006  
**Ort:** Stadtschloss Moabit, Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32B  
**Moderation:** Susanne Torka, Moabiter Ratschlag  
Birgit Hunkenschroer, Quartiersmanagement Moabit West  
**Protokoll:** Jürgen Schwenzel  
**Teilnehmer:** ca. 40 Personen

Birgit Hunkenschroer begrüßt die TeilnehmerInnen des Stadtteilplenums und stellt den geplanten Ablauf der Veranstaltung dar. Birgit Hunkenschroer begrüßt vom Bezirksamt die Leiterin der Geschäftsstelle Stadtteilmanagement Petra Patz-Drücke sowie Mandy Adam, die bisherige Gebietskoordinatorin für das Quartiersmanagement Moabit West und Karina Fuhrmann, die ab Januar 2007 die Aufgaben von Mandy Adam in der neuen Geschäftsstelle Stadtteilmanagement übernimmt.

Quartiersratsmitglied Hartmut Eschenburg dankt Mandy Adam im Rahmen der BewohnerInnen, der Akteure und des Quartiersrats für ihre Arbeit und ihr Engagement im Gebiet unter großem Beifall der Anwesenden.

### 1 Berichte, Aktuelles, Verschiedenes

#### 1.1 Projektaufruf Soziale Stadt

Beatrice Pfitzner (Quartiersmanagement Moabit West) stellt die neue Struktur der Fördertöpfe des Programms Soziale Stadt vor. Ab 2007 werden drei Fördertöpfe unterschieden:

Der Fonds Quartiersfonds 1 (QF1): ist für kleinere Projekte vorgesehen. Er ist der Nachfolger des bisherigen Aktionsfonds. Die maximale Förderhöhe für Projekte beträgt 1.000 €, sie ist gegenüber dem bisherigen Aktionsfonds verringert worden. Insgesamt stehen im QF1 jährlich 15.000 € zur Verfügung. Die Entscheidung über die Projektanträge fällt die Aktionsfonds-Jury. Der Quartiersfonds 2 (QF2) ist für Projekte zwischen 1.000 € und 10.000 € vorgesehen. Der Umfang des Topfes des QF2 beträgt ca. 17.000 € jeweils für 2007 und 2008. Die Bearbeitung der bewilligten Projekte erfolgt durch das Quartiersmanagement. Es sind keine Extraanträge an die IBB (Investitionsbank Berlin) notwendig. Der Quartiersfonds 3 (QF3) ist für Projekte mit einer Fördersumme größer als 10.000 €. Insgesamt werden voraussichtlich zwischen 160.000 € und 250.000 € für das Jahr 2008 zur Verfügung stehen. Zusätzlich gibt es noch einen Topf für investive Maßnahmen im Gebiet.

Beatrice Pfitzner verteilt den Projektaufruf des Quartiersmanagements zum Einreichen von Projekten. Bis zum 31. Januar 2007, 16 Uhr müssen die Anträge beim Quartiersmanagement eingegangen sein. Die vom Quartiersrat als Schwerpunkte der Förderung ausgewählten Handlungsfelder (s. Oktober-Protokoll) werden erneut benannt. Projektaufruf<sup>1</sup> und Antragsformular<sup>2</sup> sind im Internet abzurufen. Da die Website [www.moabitwest.de](http://www.moabitwest.de) wegen technischer Störungen für einige Zeit offline ist, stehen die Unterlagen über die Website aller Berliner Quartiersmanagements zur Verfügung.

Auf die Frage, ob die Abrechnungsmodalitäten gegenüber der bisherigen Praxis vereinfacht wurden, erwidert Helmut Rösener (Quartiersmanagement Moabit West), dass zwar für den QF2 das Quartiersmanagement künftig der Ansprechpartner ist, dieses jedoch die formalen Auflagen, die nicht vereinfacht wurden, an die Projekte durchreichen muss.

---

<sup>1</sup> [www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Ausschreibungen/Moabit\\_West-Projektaufruf\\_2007-31.01.2007.pdf](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Ausschreibungen/Moabit_West-Projektaufruf_2007-31.01.2007.pdf)

<sup>2</sup> [www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Ausschreibungen/Antragsformular\\_Soziale\\_Stadt\\_Programmjahr\\_2007.doc](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Ausschreibungen/Antragsformular_Soziale_Stadt_Programmjahr_2007.doc)

## **Neuwahl der Aktionsfonds-Jury**

Die Jury des Aktionsfonds ist seit zwei Jahren im Dienst, daher soll beim Februar-Plenum eine neue Jury gewählt werden. Birgit Hunkenschroer ruft auf, für die Jury zu kandidieren. KandidatInnen melden sich bitte möglichst vorab beim Quartiersmanagement. Letzter Meldeschluss ist zu Beginn der Februar-Sitzung am 20.02.2007.

## **1.2 Bürgerbegehren Sommerbad Poststadion**

Susanne Torka berichtet als Mitglied der Initiative des Bürgerbegehrens, dass die Initiative am 19.12. dem Bezirksamt die gesammelten Unterschriftenlisten übergeben hat. Mehr als 7.850 Unterschriften sind zusammengekommen. Das Bezirksamt hat nun einen Monat Zeit die Unterschriften auf die Gültigkeit zu überprüfen. Das Ergebnis wird das Bezirksamt bei der Sitzung des Schulausschusses der Bezirksverordnetenversammlung Mitte am 23. Januar bekannt geben.

## **1.3 Veranstaltungen der Geschichtswerkstatt / Heimatverein Tiergarten**

Karin Dahlheim, Anwohnerin und Mitglied des Heimatvereins Tiergarten weist auf den im Stadtschloss ausliegenden Flyer zu den Aktivitäten im 1. Quartal 2007 hin.

## **1.4 Leben und Heilen in der neuen Energie**

Brigitte Windt, Anwohnerin, weist auf das o.g. Angebot hin, dass sie im Stadtschloss anbietet. Flyer hierzu liegen im Stadtschloss aus.

## **1.5 Graffiti-Projekt**

Rané Schmidt vom Jugendtreff VIP-Lounge in der Wittstocker Str. 26 fragt nach Möglichkeiten für ein legales Graffiti-Projekt. Es gibt einen Bedarf bei jüngeren Jugendlichen an legalen Graffiti-Flächen. Herr Kochhann, Nachbar des „Emmi“-Spielplatzes (Wiclef-, Oldenburger-, Emdener Straße) berichtet von Möglichkeiten auf dem Emmi. Simone Seipold (Olle Burg e.V.) kündigt für das Frühjahr Aktivitäten bei Bauwagen am Spielplatz Neues Ufer an und Elke Fenster (Moabiter Ratschlag) will mit den Eigentümern des benachbarten Hauses des Stadtschloss eine Möglichkeit der Wandbemalung mit Graffitis abklären.

## **1.6 Umzäunung des Spielplatzes Berlichingenstraße**

Ein Anwohner und Nutzer des Spielplatzes Berlichingenstraße schlägt vor, dass der Spielplatz mit einem höheren Zaun versehen werden soll. Er sammelt dazu auch Unterschriften. Insbesondere erhofft er sich einen Schutz des Platzes vor Hunden. Ferner sollte das Gelände regelmäßig vom Bezirksamt (sein Vorschlag Ordnungsamt) daraufhin mit überwacht werden. Die Umzäunung soll nach dem Vorschlag sowohl an der Berlichingenstraße wie auch zum Stadtschloss hin sein. Eine versuchte Kontaktaufnahme zum Grünflächenamt kam bisher nicht zustande.

## **1.7 Terminausblick Stadtteilplenum Moabit West im ersten Quartal 2007**

Birgit Hunkenschroer gibt einen Ausblick auf die Themen des Stadtteilplenums im ersten Quartal 2007:

Beim Januarplenum wird der neue Baustadtrat Ephraim Gothe zu Gast sein, der Preisträger beim Wettbewerb zu den „Goldenen Straßenregeln“ wird sich mit seinem Beitrag präsentieren, die Projekte „Mütter für Mütter“ und „Einsatz im Gemeinwesen“ berichten über ihre Arbeit.

Im Februar soll das Thema Sicherheit im Kiez als Schwerpunktthema behandelt werden. Die Neuwahl der Bürgerjury des Aktionsfonds und Berichte sind weitere Themen.

Schwerpunktthema des Stadtteilplenums im März wird das Thema Kultur, darunter auch die Frage nach Kultur im Ladenleerstand.

## 2 Geschäftsstelle Stadtteilmanagement und Politik für Moabit West

Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke entschuldigt sein verspätetes Kommen, er wurde aufgrund einer längeren Sitzung des Ältestenrats der BVV aufgehalten.

Das Bezirksamt sieht folgende besondere Schwerpunkte für seine Tätigkeit im Bezirk:

- Bildungspolitik, Schule, Kultur
- Jugendpolitik, Jugendhilfe
- Integrationspolitik, Teilhabe aller Gruppen, Unterstützung von Migranten
- Weiterentwicklung „Soziale Stadt“
  - Die Rahmenstrategie kommt vom Senat, beim Bezirksamt kommt es an auf
    - Ressortübergreifende Zusammenarbeit
    - Sozialraumorientierung, hierbei ist in den einzelnen Stadtteilen eine Festlegung von Zielen / Bedarfen sowie die Zielerreichung zu gewährleisten

Viele Schritte dorthin sind notwendig. Das Bezirksamt wird sich in einer Klausurtagung im Januar zur Sozialen Stadt und Integration befassen. Im März wird es eine Klausurtagung zusammen mit allen Amtsleitern geben.

Als erster Schritt der Neuorientierung wird die Geschäftsstelle Stadtteilmanagement unter der Leitung von Petra Patz-Drücke eingerichtet. Weitere Mitarbeiter kommen von den verschiedenen Abteilungen und Bereichen. Neben den Quartiersmanagementgebieten des Bezirks kümmert sich die Geschäftsstelle Stadtteilmanagement auch um die Fortführung der Arbeit des Präventionsrats. Der Präventionsrat unterstützt Vereine und Interessengruppen von Bürgern außerhalb der Quartiersmanagementgebiete. Ziel ist es Unterstützung bei der Organisation von Stadtteilarbeit zu leisten sowie Bürgerbeteiligung und Bürgeraktivierung in den Stadtteilen zu fördern.

Das Thema Bürgerhaushalt bleibt ein Thema im Hinterkopf, die Umsetzung wird jedoch als schwierig eingeschätzt.

Bezirksbürgermeister und der neue Baustadtrat Ephraim Gothe werden wiederholt an Stadtteilplena teilnehmen, sie stimmen ihr Vorgehen ab. Bürgermeister Dr. Christian Hanke benennt im Weiteren alle anderen StadträtInnen und ihre jeweiligen Ressorts.

### Nachfragen und Diskussion

Die Verlagerung der Zuständigkeit für das Quartiersmanagement vom Bauressort zum Bezirksbürgermeister soll auch die Bedeutung des Quartiersmanagements deutlich machen. Quartiersmanagement hat weniger eine bauliche Dimension als das es soziale Problemlagen im Quartier angeht. Die Ansiedlung beim Bürgermeister bedeutet die Einrichtung als Servicestelle.

### Ordnungsamt

Bürgermeister Dr. Christian Hanke bemerkt zunächst, dass beim zuvor angesprochenen Spielplatz das Ordnungsamt nicht zuständig ist, sondern die Zuständigkeit komplett beim Grünflächenamt liegt. In Quartiersmanagementgebieten können Kiezläuferprojekte die Arbeit des Grünflächenamtes unterstützen. Beim Ordnungsamt sind Mängel wie schlechte Erreichbarkeit oder mangelnde Präsenz wiederholt benannt worden. Bürgermeister Dr. Christian Hanke sagt eine Klärung zu Verbesserung der Öffnungszeiten zu. Die Präsenz des Ordnungsamts auf den Straßen des Bezirks ist aber nicht zu gewährleisten. Die Personalausstattung ist zu knapp, mehrere Stellen sind nicht besetzt. Eine Neubesetzung darf nur über den Stellenpool erfolgen, hierüber sind aber keine geeigneten Personen zu finden. Getrennt gesehen vom allgemeinen Ordnungsdienst werden muss die Parkraumüberwachung.

Jutta Schauer-Oldenburg, Bezirksverordnete Bündnis90 / Die Grünen, erinnert auf die Nachfrage aus dem Stadtteilplenum durch Torsten Gardei bei der BVV. Die Frage der Prioritätensetzung für die Aufgaben des Ordnungsamts ist weiter ein wichtiges zu klärendes Thema.

## **Stadtteilzentren / Nachbarschaftseinrichtungen**

Sowohl beim Bezirksamt wie beim Senat ist weiterhin die jeweilige Abteilung Soziales für diesen Bereich zuständig. Im Bezirk wird die Diskussion einer Verlagerung zum Bezirksbürgermeister in der entsprechenden Facharbeitsgruppe ergebnisoffen weitergeführt.

## **Integration, interkulturelle Öffnung der Verwaltung**

Über die nachgefragte Einrichtung eines Integrationsbeauftragten beim Jobcenter ist Bürgermeister Dr. Christian Hanke nichts bekannt. Zur interkulturellen Öffnung gibt es die Idee Anreize für Migranten in Ausbildung zu schaffen. Dies soll aber nicht die fachliche Qualifizierung bei der Besetzung von Stellen aushebeln, nicht zuletzt wegen der Antidiskriminierung. Ein positives Beispiel der Folgen durch die Besetzung einer Stelle im sozialpsychiatrischen Dienst durch einen türkischstämmigen Arzt ist die festzustellende Veränderung in der Akzeptanz der Klienten. Seitdem ist dort der Anteil an Klienten türkischer Herkunft erheblich gestiegen. Klar ist jedoch, dass eine Wirkung durch den Einstellungskorridor insgesamt nur sehr langsam Wirkung zeigt.

Das im Bezirk praktizierte Projekt mit Integrationslotsen läuft sehr gut. Es hat aber das Problem, dass die über ein arbeitsmarktpolitisches Programm eingesetzten Integrationslotsen nur 11 Monate dabei sind. Im ersten Vierteljahr werden sie geschult, die folgenden 8 Monate arbeiten sie als Lotsen zwischen der Zielgruppe und den jeweiligen Stellen im Amt. Durch die Integrationslotsen wird die Zugangsschwelle niedriger. In Bereich Gesundheit stehen mehrsprachige Informationsmaterialien zur Verfügung. Ein umfassendes Integrationskonzept für den Bezirk muss noch erarbeitet werden. Ein früherer Ansatz hierzu war „abgestorben“.

## **Ressortübergreifende Zusammenarbeit**

Der Weg für die Zusammenführung von Ressorts wird Thema der Klausurtagung des Bezirksamts, erläutert Bürgermeister Dr. Christian Hanke auf Nachfrage. Dazu wird der Weg bei der Abteilung Jugend hin zur Sozialraumorientierung als Erfahrungsbeispiel betrachtet werden. Ein solches Thema lässt sich nur schrittweise entwickeln. Wichtig dabei ist es, die Mitarbeiter bei diesem Prozess mitzunehmen, über Anordnungen von oben lässt sich das nicht erreichen. Petra Patz-Drücke verweist auf das Beispiel der Ämterrunde aller Ressorts im Rahmen des Quartiersmanagements, das zukünftig noch verfeinert werden soll.

## **Kinderschutz**

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst unterstützt Eltern ob in Familie oder alleinerziehend. Der Gesundheitsdienst löst bei diesen nicht solche Ängste aus wie das Jugendamt. Die Aufgaben orientieren sich an der Lebenswelt des Kindes. Die Frage, wie viele Fälle die Ämter bei Kinderproblemen wirklich verhindern können, ist für Bürgermeister Dr. Christian Hanke nicht zu beantworten, ihm sind keine statistischen Aussagen hierzu bekannt. Im Bereich häuslicher Gewalt werden steigende Fallzahlen gezählt. Unklar ist ob die Steigerung an einer tatsächlichen Steigerung der Zahl der Fälle oder in der Bereitschaft, solche Fälle zu melden, liegt.

## **Gesundheitliche Entwicklung**

Die gesundheitliche Lage der Bevölkerung hat sich im Bezirk Mitte im Gegensatz zu den anderen Berliner Bezirken weiter verschlechtert. Dies wird deutlich aus der Basisberichterstattung<sup>3</sup> des Gesundheitsamtes. Die gesundheitliche Lage korreliert mit dem Armutsgürtel durch den Bezirk vom Soldiner Kiez bis nach Moabit. Die gesundheitlichen Verschlechterungen bei Kindern sind auch Folge eines veränderten Erziehungsverhaltens: Ein übermäßiger Fernsehkonsum führt zu Bewegungsmangel, Zwanzigjährige bekommen schon Altersdiabetes.

Bei der Bekämpfung gibt es das Problem der Nachhaltigkeit von Projekten. Fördergelder gibt es jeweils nur für Modellprojekte, danach fehlen die Anschlussfinanzierungen.

---

<sup>3</sup> [www.berlin.de/ba-mitte/buergerdienste/publikationen/reihe\\_gbe\\_gf.html#bd10](http://www.berlin.de/ba-mitte/buergerdienste/publikationen/reihe_gbe_gf.html#bd10)

Simone Seipold (Olle Burg e.V.) verweist auf das Problem, dass von Arbeitslosigkeit betroffenen Eltern oftmals der Bedarf eines Kitaplatzes für die Kinder nicht anerkannt wird. Wenn die Kinder nicht deshalb zu Hause blieben, sondern die Kita besuchen würden, litten diese Kinder deutlich weniger unter Bewegungsarmut. Bürgermeister Dr. Christian Hanke plädiert dafür, dass grundsätzlich alle Kinder Kitas besuchen sollten, denn Kitas sind Bildungseinrichtungen, nicht nur Kinderverwahranstalten. Dennoch wirken sich die Dinge im Elternhaus aus. Lange Arbeitslosigkeit der Eltern führt zu Strukturverlust und überträgt sich anschließend auf die Kinder.

### **Defizit in Sportstättenversorgung**

Sabine Ehl, Leiterin der Wartburg-Schule, bemängelt, dass die Schule ihre eigene Sporthalle nach 16 Uhr nicht für Bewegungsangebote im Hortbereich nutzen kann, weil ab diesem Zeitpunkt die Sportvereine, im konkreten Fall Minerva, den alleinigen Zugriff auf die Sporthalle haben. In weiteren Beiträgen wird deutlich gemacht, dass es sich um das Problem des Sportstättenmangels/Vergabemanagementmangels im Bezirk handelt, dass sich auf die verschiedenen Nutzergruppen auswirkt. So berichtet eine Plenumsteilnehmerin, deren Sohn bei Minerva Sport treibt, dass der Verein selber Schwierigkeiten hat, Plätze zu finden. Andererseits sind Klagen vereinsungebundener Sportler und Jugendfreizeiteinrichtungen bekannt, dass sie als nicht vereinsgebundene besondere Schwierigkeiten haben Plätze zu finden und immer wieder beobachten, dass fest vergebene Sportstätten ungenutzt bleiben.

### **Erreichbarkeit der Verwaltung, Bürgerfreundlichkeit**

Die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung ist für Bürgermeister Dr. Christian Hanke differenziert zu sehen. Seit fünf Jahren sind Modernisierungsprozesse in der Verwaltung in Arbeit, es wurden Callcenter eingerichtet und erste Ansätze für ein e-government geschaffen. Die Einführung der Bürgerämter war ein echter Fortschritt, es fehlen aber Außenstellen zusätzlich zu den drei Rathäusern. Ein Impulsmanagement soll dafür sorgen, dass die Problemfälle der BürgerInnen beim Bezirksamt an die richtigen Stellen geleitet werden. Helmut Rösener (Quartiersmanagement Moabit West) bemängelt, dass die Bezirksreform im Land Berlin nicht an eine Verwaltungsreform gekoppelt war. Die Verwaltung müsse bürgerfreundlicher werden. Beispiele wie Post oder Bahn zeigen, dass große Fortschritte möglich sind. Die langen Warteschlangen in der Berlichingenstraße vor dem Jobcenter zeigen, dass noch viel zu tun ist.